

KOMMUNEN

## Das stille Sterben der Städte

Die Hilferufe der Bürgermeister werden lauter: Die Haushalte der Städte sind mit mehr als 38 Milliarden Euro verschuldet – vor allem die Sozialkosten steigen.

VON Sven Afhüppe | 29. Dezember 2010 - 13:40 Uhr

© Julian Stratenschulte/dpa



Das von der Schließung bedrohte Schauspielhaus in Wuppertal wurde zum Symbol der kommunalen Finanzkrise

Für Klaus Wehling beginnt jetzt wieder das Zittern. Mitte Dezember schickte der Oberhausener Oberbürgermeister eine Liste mit hundert Ausgabeposten seines Stadtetats zur Düsseldorfer Regierungspräsidentin. Sie entscheidet, was in der mit 1,8 Milliarden Euro überschuldeten Ruhrgebietsstadt im Jahr 2011 noch geht. Wehling und sein Stadtparlament sind damit abhängig Beschäftigte. Ihre Stadt ist de facto ein Protektorat.

Viele deutsche Kommunen leiden. In diesem Jahr erwartet der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) ein Rekorddefizit von elf Milliarden Euro. Der DStGB vertritt zwar nur die kleinen Städte und Gemeinden, das Problem gilt aber für alle Kommunen in Deutschland. "Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an", klagt der Präsident der Kommunalvereinigung, Roland Schäfer. Die Gemeinden seien chronisch unterfinanziert und wegen der steigenden Sozialkosten am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Sein Urteil ist alarmierend: "Das Vertrauen der Bürger in die lokale Demokratie ist in Gefahr."

Wie dramatisch die Situation in den Gemeinden ist, lässt sich am rapiden Anstieg der kommunalen Kassenkredite ablesen. Kontinuierlich wachsende Sozialausgaben und sinkende Steuereinnahmen im vergangenen Jahr haben viele Gemeinden in Haushaltsnotlagen gebracht. Hauptkostentreiber sind nicht Schwimmbäder und Bibliotheken, sondern die explodierenden Sozialausgaben. "Allein diese Ausgaben belasten

die kommunalen Haushalte 2010 mit über 41 Milliarden Euro", sagte Schäfer. Mittlerweile sind die Bürgermeister deutscher Städte mit 38 Milliarden Euro verschuldet. Das entspricht dem dreifachen Jahresgewinn der Dax-Konzerne Daimler, Siemens und Telekom im Jahr 2010.

Besonders dramatisch ist die Situation in Nordrhein-Westfalen. Dort stehen mehr als 130 Städte und Gemeinden unter verschärfter Aufsicht der Regierungspräsidenten. Aber auch andere Bundesländer sind betroffen. Beispiel Kiel. In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt summieren sich die Kassenkredite bald auf eine halbe Milliarde Euro. "Wir werden in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein, das Tagesgeschäft zu bezahlen", sagt Oberbürgermeister Torsten Albig. Um einen Finanzkollaps der Städte zu verhindern, brauche Deutschland "einen Solidarpakt für die Kommunen".

Nächstes Jahr droht sich die Lage der Kommunen weiter zu verschlechtern. Grund sind die neuen Eigenkapitalvorschriften Basel III, die Experten zufolge auch die Kreditvergabe der Pfandbriefbanken an Kommunen erheblich erschweren werden. „Ein Rückzug der Pfandbriefbanken hätte massive Folgen für die kommunalen Gebietskörperschaften und kommunalen Unternehmen“, heißt es in einem Brief von Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der dem *Handelsblatt* vorliegt. Der CSU-Politiker fürchtet eine "deutliche Verteuerung" kommunaler Finanzierung und bittet Schäuble, sich für Änderungen einzusetzen.

Doch wichtiger als ein niedriger Zinssatz ist für die Kommunen eine Entlastung bei den Sozialausgaben. Vor allem die Volksparteien hatten in Bundestagswahlkämpfen stets einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates propagiert. Und bei der späteren Umsetzung galt die Faustregel: Was der Bundestag in Berlin beschließt, muss der Kämmerer in Bochum bezahlen.

Die Verbesserung der kommunalen Finanzen gehört für Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu den wichtigsten Themen für die Legislaturperiode. Nach Ansicht der Regierungschefin verwalten die Kommunen mittlerweile nur noch den Mangel. Diese Notlage lasse sich nicht mit dem Gestaltungsanspruch der CDU für attraktive Städte und Gemeinden vereinbaren, mahnte Merkel auf dem Bundesparteitag Mitte November.

Konkrete Ergebnisse kann die Bundesregierung bei dem Thema bisher allerdings nicht vorweisen. Die von Finanzminister Wolfgang Schäuble eingesetzte Gemeindefinanzreform hat sich zwar mehrmals getroffen, ist aber von einer Einigung weit entfernt. Klar ist nur, dass sich der Finanzminister mit seiner Forderung nach einer Abschaffung der Gewerbesteuer nicht durchsetzen kann. Die kommunalen Spitzenverbände lehnen einen solchen radikalen Schritt ab. Sie erklärten die Gewerbesteuer, die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, in den Verhandlungen für sakrosankt. Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer, nannte die Steuer gestern "absolut unverzichtbar".

Finanzminister Schäuble hat den Wunsch der kommunalen Spitzenverbände mittlerweile akzeptiert. Allerdings stieß er auch mit seinem Vorschlag, den Kommunen unter Beibehaltung der Gewerbesteuer ein Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer einzuräumen, auf massiven Widerstand in der Koalition. Vor allem die FDP drängt den Finanzminister weiter, eine Strukturreform bei den Gemeindefinanzen zu erreichen, bei der die Gewerbesteuer abgeschafft wird.

Die Streitigkeiten in der Koalition sorgen bei den Kommunen zunehmend für Verunsicherung. "Wir hängen im Moment ein bisschen in der Luft", sagte Schäfer. Als Schritt in die richtige Richtung sieht der Verband allein Schäubles Bereitschaft, dass der Bund künftig die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung allein trägt. Dabei geht es um einen Betrag von aktuell 3,9 Milliarden Euro. Dies müsse aber schon 2011 für Entlastung in den kommunalen Kassen sorgen, sagte Schäfer, der auch Bürgermeister von Bergkamen ist. Zudem müsse der Bund sich auch an den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger und den Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen stärker beteiligen, die zusammen mehr als 20 Milliarden Euro ausmachten. Laut Städte- und Gemeindebund belasten die Sozialausgaben die kommunalen Haushalte insgesamt mit mehr als 41 Milliarden Euro. Vor zehn Jahren seien es noch 26 Milliarden Euro gewesen.

Auch Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig sieht in den wachsenden Sozialausgaben die größte Sorge der Kommunen. "Gegen die Kostenexplosion kann niemand ansparen", sagte Albig. Und wegen der zunehmenden Verschuldung müssten sich viele Kommunen bald noch gegen ein ganz anderes Problem wappnen: steigende Zinskosten.

Bis Anfang Februar 2011 will sich die Bundesregierung mit den Vertretern der Kommunen auf eine Reform der Gemeindefinanzen verständigen. Angestrebt wird eine Lösung im Einvernehmen mit den Kommunen, teilte die Regierung kürzlich mit. Der Kompromiss droht vor allem für den Bundesfinanzminister teuer zu werden.

*(Zuerst erschienen im Handelsblatt )*

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-12/finanzlage-kommunen>